

Das ist die SPD. Damit ist auch der Buchstabe l) so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben a), b), d) j) und m) der Nummer 2 abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann hat das gesamte Hohe Haus zugestimmt. Damit ist das einstimmig so beschlossen. Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass die Voraussetzungen für die Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Erwachsenenbildung in Höhe von einer Million Euro nicht gegeben waren. Wer der Nummer 3 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? Ist die CSU dagegen?

(Alexander König (CSU): Wir stimmen zu!)

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2009 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Nummer 1 des Antrags der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 auf Drucksache 16/6211 bekannt: Mit Ja haben 86, mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist auch die Nummer 1 so beschlossen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich lasse jetzt über den Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2009 für den Einzelplan 11 auf Drucksache 16/8115 abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2009 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit Begeisterung das ge-

samte Hohe Haus. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde dem Bayerischen Obersten Rechnungshof gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 3)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Lagerung von Brennstäben im
Brennelementelagerbecken Isar 1 (Drs. 16/11211)**

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Ich erteile Ihnen gerne das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Umweltminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit einem Thema, das immer zwischen das Raster der Berichterstattung fällt und eher ein Thema für Insider ist, wie man so schön sagt. Es geht um die Forderung der FREIEN WÄHLER, alle bereits zwischenlagerfähigen Brennelemente aus dem Abklingbecken des Kraftwerks Isar 1 zu entnehmen und in das relativ sichere Zwischenlager Bella zu bringen. Wir sagen nicht, dass dieses Zwischenlager sicherer ist. Es ist aber zumindest sicherer als das Abklingbecken.

Wir haben rund 800 Brennstäbe, die bereits entsprechend lange im Abklingbecken lagen. Sie müssen dort teilweise mehrere Jahre abgekühlt werden, bis sie in einem Castor-Behälter zwischengelagert werden können. In einen Castor-Behälter passen 52 Stück dieser Brennelemente. Der Behälter kostet etwa 1,5 Millionen Euro. Er kann entweder mit der

Bahn transportiert oder in ein Zwischenlager gestellt werden. Dieses Behältnis wiegt etwa 120 Tonnen und besteht aus Gusseisen. Dort werden diese Brennelemente zwischengelagert.

Der Skandal besteht darin, dass wir momentan 800 dieser zwischenlagerfähigen Brennelemente in Abklingbecken zwischenlagern müssen, weil zu wenig Castor-Behälter zur Verfügung stehen. Unser Appell richtet sich deshalb an die Bayerische Staatsregierung und an das Umweltministerium, das auch für Reaktorsicherheit zuständig ist: Machen Sie den Behörden auf Bundesebene Dampf bei der Genehmigung eines neuen Castor-Behältertyps oder greifen Sie auf alternative Castoren zurück, die es in Frankreich oder in England gibt.

Momentan wird argumentiert, dass wir zwischenlagern müssen und dazu auch fähig wären, aber leider keine Castor-Behälter zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, hier richtet sich mein Vorwurf an das Bundesumweltministerium, an das bayerische Umweltministerium und an den Bundesminister für Strahlenschutz. Diese Herrschaften haben nicht mit Vorausschau gemerkt, dass so und so viele Brennelemente zwischenlagerfähig sind und dass sie rechtzeitig dafür sorgen müssen, dass Castoren zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt besteht die perverse Situation, dass diese Brennelemente wie in Fukushima in Abklingbecken liegen und dort nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Wenn eine schwere Transportmaschine in dieses Abklingbecken fliegen würde, wäre zu erwarten, dass dieses Becken lecken würde, ähnlich wie in Fukushima. Sie kennen die Geschichte. Dort ist mit Meerwasser gekühlt worden. Das Wasser ist verdampft, eine Salzkruste blieb zurück. Es folgte der Supergau. Ähnliches ist in meinen Augen in der jetzigen Situation bei Isar 1 nicht ausgeschlossen. Deshalb fordere ich Sie auf, darauf zu drängen, dass die Castoren zur Verfügung gestellt werden.

Die Aussage, dass diese Castoren erst im Jahr 2014 zur Verfügung stehen, beruhigt mich nicht. Das ist mein jetziger Informationsstand. Herr Umweltminister, vielleicht können Sie uns nachher bessere Auskünfte geben. Derzeit fehlen die Castoren. Wir können das Zeug nicht ordnungsgemäß einlagern. Hier wurde nicht mit der nötigen Vorausschau gehandelt. Vielmehr wurde mit der Stange im Nebel gestochert.

Herr Umweltminister, Sie haben seinerzeit Ihre Berufung nicht abgelehnt. Wir haben Ihnen die Chance gelassen, sich zu bewähren. Diese Bewährungsfrist läuft aber langsam ab. Wir bitten Sie, bei diesem Thema endlich tätig zu werden und alles in Ihrer Kraft stehen-

de zu tun, um die Versäumnisse Ihrer Vorgänger aufzuarbeiten. Sie müssen schnellstmöglich diese Castoren organisieren, wie auch immer. Sonst wären wir in der prekären Situation, dass dieses große Risiko noch zwei Jahre lang unnötigerweise weiterbesteht. Von den rund 1.700 Brennelementen könnten bereits jetzt 800 etwas sicherer gelagert werden, wenn wir die dazu nötigen Castoren hätten. Meine Damen und Herren, das ist geradezu grotesk. Jeder Häuslebauer muss heute eine Mülltonne haben, wenn er Müll produziert. Er kann nicht einfach den Dreck auf die Straße schmeißen und sagen: Ich habe keine Mülltonne, es tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier wurde es entweder durch Lobby-Einfluss oder durch Versagen schlichtweg versäumt, diese Entsorgung rechtzeitig zu organisieren. Herr Umweltminister, eines stört mich: Ich habe zwei Anfragen an das Umweltministerium gestellt. Im Januar fragte ich nach der Zahl der zwischenlagerfähigen Brennelemente. Damals hieß es nur, dass 1.200 drin seien, ohne Auskunft darüber, wie viele davon zwischenlagerfähig sind. Die Kernfrage wurde damit nicht beantwortet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich bin sofort fertig.

Im April habe ich eine Anfrage gestellt, ob die Mauer um die Bella gebaut wird oder nicht. Darauf hieß es ganz lapidar: Nach Auskunft des Betreibers liegen noch keine Pläne und kein Zeitplan vor. Das kann so nicht sein. Sie müssen Herr der Lage sein. Sie müssen drängen und dürfen nicht einfach bloß nachfragen, ob es dem Betreiber beliebt, das zu tun. Jeder andere ist für eine ordnungsgemäße Entsorgung verantwortlich. Hier gilt das offensichtlich derzeit nicht. Hier müssen wir schnellstmöglich politisch handeln. Deshalb richten wir den Antrag an die Staatsregierung, dafür zu sorgen,

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Aiwanger!

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): dass schnellstmöglich eine ordnungsgemäße Einlagerung organisiert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Ich bitte die Rednerinnen und Redner, auf die Redezeit zu achten. Nächster ist Herr Kollege Blume. Ihm

folgt Kollege Wörner. Bitte schön, Herr Kollege Blume, Sie haben das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, es ist schade, dass Sie in diesem Hause nur laut brüllen, aber Ihre Rede weitgehend substanzlos daherkommt. Sie bezeichnen es als Skandal, dass keine Castor-Behälter vorhanden sind. Der eigentliche Skandal in diesem Hause liegt aber darin, dass Sie hier völlig faktenfrei unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Ich bedauere es außerordentlich, dass Sie dem Kollegen Fahn nicht die Möglichkeit geben, hier zu reden. Wir haben uns mit ihm im Umweltausschuss in aller Breite und in der notwendigen Tiefe auseinandergesetzt und die verschiedenen Aspekte beleuchtet. Der Erkenntnisfortschritt, der beim Kollegen Fahn eingetreten ist, hätte auch Ihnen nicht geschadet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kommen Sie zum Punkt und hören Sie mit den Beleidigungen auf! Warum sind die Castoren nicht da?)

Sie werfen ein Bedrohungsszenario an die Wand, das keinerlei Grundlage hat.

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sie sagen, das Nasslager wäre mit Fukushima vergleichbar. Sie wissen, dass das nicht der Fall ist. Ich würde Sie schon bitten, näher bei den Fakten zu bleiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind die sicher gegen Flugzeugabstürze, ja oder nein?)

Sie wissen auch, dass die Lagerung der abgebrannten Brennelemente im Abklingbecken sicherheitstechnisch geprüft wurde, dass sich die Reaktorsicherheitskommission damit in einer Sonderprüfung auseinandergesetzt hat und damit allen rechtlichen Anforderungen Genüge getan wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unglaublich!)

- Herr Aiwanger, auch wenn Sie "unglaublich" sagen, müssen wir doch sorgfältig zwischen dem unterscheiden, was wünschenswert ist, und dem, was machbar ist. Wünschenswert ist selbstverständlich, dass alle abgebrannten Brennelemente so schnell wie möglich ins Zwischenlager kommen und dort in Castor-Behältern gelagert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau das sagen wir!)

Wir haben allerdings die Sondersituation - die haben Sie in Ihrer Argumentation mit angesprochen -, dass die Zeitachsen durch die Energiewende und das Abschalten von Isar 1 zusammengeschoben wurden. Es ist doch unlauter, zuerst zu schreien: abschalten, schneller und noch schneller, und dann, wenn das geschehen ist, zu sagen: Warum hat man das nicht kommen sehen und hat nicht die entsprechenden Vorkehrungen getroffen?

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind alte Brennelemente, die lagern da seit ein paar Jahren!)

Es gehört zur Ehrlichkeit in der Debatte, diesen Zweiklang zur Kenntnis zu nehmen.

Sie müssen einfach die Realität zur Kenntnis nehmen, und die Realität ist, dass es zurzeit in ganz Europa keine zugelassenen Castoren gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Traurig genug!)

Lieber Herr Aiwanger, das ist keine Erfindung der Staatsregierung, sondern eine EU-Richtlinie. Es gibt nun einmal aktuell keine Castoren, die den neuen Anforderungen genügen würden. Deswegen ist es doch das Vernünftigste der Welt, dass die Brennelemente da, wo sie üblicherweise abklingen, auch liegen. Jeder kann sich dessen sicher sein, dass sowohl die Betreiber als auch die Bundes- und die Staatsregierung alles tun, damit die neuen Castoren schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

Wenn das Verfahren abgekürzt würde und die notwendigen Prüfungen bei der Bundesanstalt für Materialforschung nicht gemacht würden, wären Sie doch der Erste, der sagen würde: Da sind unzulässige Castoren im Umlauf. Zur Wahrheit gehört, dass die notwendigen Prüfungen und Verfahren abgewartet werden müssen und erst dann die Zwischenlagerung angegangen werden kann.

Herr Aiwanger, Sie spielen bei diesem ernstesten Thema einmal mehr mit den Ängsten der Menschen;

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und Sie mit Vertuschung, wie üblich!)

denn Sie wissen ganz genau, dass es keine Lösung gibt. Es war bezeichnend, dass im Ausschuss - lieber Herr Aiwanger, das haben Sie nicht mitbekommen - nicht einmal die Opposition Ihrem Antrag mit glühenden

dem Herzen gefolgt ist, weil man an dieser Stelle die Realität zur Kenntnis nehmen muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil die Castoren fehlen, weil Sie geschlafen haben!)

Sie können herumschreien, so viel Sie wollen, ich bleibe dabei: Sie spielen mit den Ängsten der Menschen und leisten damit keinen Beitrag zur Beschleunigung der Energiewende. Mit solchen Vorbringungen bewirken Sie nur das Gegenteil. So wird es am Ende nicht gelingen. In der Weise, wie Sie da unterwegs sind, werden Sie auch keinen politischen Geländegewinn erzielen, ganz im Gegenteil. Ihr Verhalten ist in höchstem Maße durchschaubar. Vor diesem Hintergrund werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. Ich denke, das wird insgesamt von der Mehrheit hier im Hause so gesehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Nächster Redner ist Herr Wörner. Ihm folgt Herr Kollege Hartmann. Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns wie im Ausschuss der Stimme enthalten, weil wir sehen, dass es im Moment keine Lösung gibt. Die Castoren sind nicht da, und wir können sie nicht aus dem Ärmel schütteln. Ich hätte die Brennelemente auch lieber woanders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns aber eines vor Augen halten, und das müssen Sie sich heute anhören: Wenn Sie nicht die Wende zur Wende gemacht hätten, wenn wir daran nicht mitgewirkt hätten, dann wären Castoren da. Den Engpass, den Herr Kollege Blume zu Recht beschreibt, hätten wir heute nicht, wenn wir beim ersten Szenario, das von Rot-Grün eingeläutet wurde, dafür gesorgt hätten, dass die Castoren gebaut werden. Jeder hat sich aber darauf verlassen, dass Sie die Wende zur Wende politisch wieder hinbekommen. Das haben Sie auch fast geschafft, aber dann hat uns alle etwas anderes ereilt. Das ist das einzige Manko, das man Ihnen vorwerfen muss. Dafür sind Sie verantwortlich, und da lassen wir Sie nicht raus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wir haben uns deshalb der Stimme enthalten, weil wir derzeit keine Lösung sehen. Ich kann nicht sagen, her mit den Castoren, auch wenn es Blechbüchsen sind; denn das nützt nichts. Wir werden warten müssen, bis die Castor-Behälter abgenommen sind. Ich würde mir allerdings

wünschen, dass der Druck aus der Staatsregierung so hoch wird, dass die Damen und Herren ein bisschen mehr Gas geben, als das offensichtlich im Moment der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. Nächster Redner ist Herr Kollege Hartmann, gefolgt von Herrn Thalhammer. Bitte, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass die FREIEN WÄHLER diesen Antrag hochgezogen haben. Die Debatte im Umweltausschuss war schon deutlich von einer Unkenntnis des Themas geprägt. Es ist durchaus angemessen, das heute hier nochmals zu diskutieren.

Natürlich ist unumstritten, dass das Gefahrenpotenzial nach der Abschaltung von Isar 1 vor gut einem Jahr geringer ist als vor der Abschaltung. Eines ist auch richtig: dass die Gefahr durch das Abklingbecken nicht behoben ist. Jedem muss die Problematik des Abklingbeckens bewusst sein. Kollege Blume hat im Ausschuss etwas falsch dargestellt. Er hat dargestellt - ich erwähne das heute absichtlich, nachdem er gerade so über Kollegen Aiwanger hergezogen ist -, dass das Abklingbecken ebenso geschützt sei wie der Kern. Das ist definitiv nicht so; da ist ein gewaltiger Unterschied. Wir alle wissen, dass sich aktuell im Abklingbecken circa 800 Brennelemente befinden, die man verladen könnte. Diese Problematik ist auch nicht ganz neu.

Im Ausschuss wurde von den Kolleginnen und Kollegen immer wieder angeführt, dass das vor 30 oder 40 Jahren keinen interessiert hat. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, damals wurde der Müll nach Frankreich und England gefahren und kam in Castor-Behältern nach Gorleben zurück. Das Thema hat die Leute damals interessiert. Es war der Frage geschuldet, wohin mit dem Müll, wo kann er zwischengelagert werden, dass damals das Thema Wiederaufbereitungsanlage aktuell wurde. Jetzt schiebt man den Schwarzen Peter von einem zum anderen. Einmal ist die vorzeitige Abschaltung verantwortlich. Die 800 Brennelemente, die bereits abgeklungen sind, liegen schon länger im Abklingbecken und hätten schon längst verladen und im Standort zwischengelagert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit fast zwei oder drei Jahren wird der Schwarze Peter vom Umweltministerium zum Betreiber geschoben. Der Betreiber schiebt ihn zur Firma GNS, welche

die Castoren herstellt. Die Firma GNS - Gesellschaft für Nuklear-Service mbH - ist zu 48 % im Besitz von Eon. Die übrigen Anteile halten die drei weiteren Kernkraftwerksbetreiber. Die Aussagen des Umweltministeriums beruhen auf dem, was der Betreiber sagt. Der holt sich die Informationen vom Hersteller, der aber im Besitz des Betreibers ist. Dass der Betreiber, also Eon im Falle von Isar 1, aktuell kein Interesse daran hat, Brennelemente zu verladen, liegt auch auf der Hand. Man kann zwei und zwei zusammenzählen. Das Brennelementelagerbecken verursacht Kosten. Was gekühlt werden muss, muss umgepumpt werden. Ein volles oder teilweise entleertes Brennelementelagerbecken verursacht die gleichen Kosten. Wenn bereits jetzt umgeladen wird und die Castoren besorgt werden, fallen schon heute zusätzliche Kosten an. Das ist skandalös. Für Eon geht Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit. Das kann nicht sein. Vonseiten der Staatsregierung muss mehr Druck ausgeübt werden.

Ein Hersteller, der Kernkraftwerksbetreiber ist, will uns weismachen, dass er die Castoren nicht so schnell liefern kann. Das kann man nicht einfach so stehen lassen. Vielmehr muss man die Frage stellen: Warum wurden die neuen Behälter erst so spät beantragt? Warum erst im Jahre 2008? Warum wurden die Unterlagen für die Genehmigung, die vom Hersteller der Castoren-Behälter immer wieder nachgereicht werden sollten, nur stückchenweise nachgereicht? Warum hat sich das so lange hingezogen? Dahinter steckt doch ein System. Man wollte nicht so zügig fertig werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER, da die Staatsregierung einen größeren Druck auf Eon ausüben muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Thalhammer. Ihm folgt Herr Staatsminister Dr. Huber. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein einziges Kraftwerk hat ausschließlich Vorteile. Die Kernenergie hat den immensen Nachteil, dass der erzeugte Abfallstoff ganz besonders schwierig zu entsorgen und ganz besonders gefährlich ist. In einem einzigen Punkt bin ich mit Herrn Aiwanger einer Meinung: Dort muss gelten, was für jeden Hauslebauer, jeden Handwerker und jeden Mittelständler gilt. Um den Müll, den man selber verursacht, muss man sich auch selber kümmern. Das soll auch entsprechend für große Konzerne gelten.

Herr Kollege Wörner hat darauf verwiesen, dass wir durch die Wende von der Wende die Situation verschlimmert haben.

(Harald Güller (SPD): So ist es!)

Hat er damit recht?

(Inge Aures (SPD): Ja freilich!)

Durch die Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Isar 1 sind neue Brennelemente eingesetzt worden, die aufgrund des Ausstiegs nicht aufgebraucht werden können. Aus diesem Grund ist noch ein größeres Gefahrenpotenzial vorhanden. Das hat er uns vorgeworfen - zu Recht. Herr Kollege Wörner, nehmen Sie mir es bitte nicht übel, wenn ich Ihnen vorwerfe, dass Sie das Problem mit den Abfallstoffen aus den Kernreaktoren auch jahrelang verschlafen haben. Rot-Grün hat damals beschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen, und vergessen, sich um die Abfallstoffe zu kümmern. Ganz im Gegenteil: Es wurde sogar ein Moratorium eingeführt, dass man sich um eine Suche nach einer Endlagerstätte für diesen schmutzigen Abfall nicht weiter kümmern darf. Herr Kollege Wörner, das gehört auch zur Wahreitsuche. Ich bin sehr froh, dass der Bund dem Antrag von CSU und FDP aus Bayern gefolgt ist. Das Denkverbot zu Endlagerstätten für die abgebrannten Brennstäbe wurde endlich aufgehoben. Endlich suchen wir nach einer Lösung, mit der wir späteren Generationen sagen können: Wir leben nicht nur auf Kosten der kommenden Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Das Anliegen der Kollegen der FREIEN WÄHLER ist nachvollziehbar. Wie andere Vorredner sage ich: Ja, wir würden das Problem gerne lösen. Im Moment geht es aber nicht. Wir können das Problem aus zwei Gründen nicht lösen. Die Castor-Behälter gibt es nicht. Der Vorwurf, die Bayerische Staatsregierung hätte etwas verschlafen, stimmt nicht. Der Betreiber hat bereits im Jahre 2008 die neuen Castor-Behälter bestellt. Das Genehmigungsverfahren ist jedoch noch immer nicht abgeschlossen. Das liegt unter anderem daran, dass jeder einzelne Castor-Behälter neu geprüft werden muss. Selbst wenn ein Castor-Behälter-Typ grünes Licht erhält, erhalten die Nachbauten nicht automatisch grünes Licht. Stattdessen wird jeder Castor-Behälter einzeln geprüft.

Es wäre wünschenswert, wenn es schneller gehen würde. Wir können nur appellieren, dass die Castoren schneller bereitgestellt werden. In einem Punkt bin ich mit den meisten hier im Hause einer Meinung. Es ist nicht sinnvoll, die abgebrannten Brennstäbe im Abklingbecken oder neben dem Kraftwerk zu lagern.

Selbstverständlich wäre ein Endlager besser. Dieses haben wir jedoch unter anderem wegen des Moratoriums, dem Denkverbot von Rot-Grün, nicht.

Folgendes ist falsch dargestellt worden: Im Abklingbecken, dem Nasslager, befinden sich derzeit 1.734 Elemente. Das ist die Zahl aus dem Ausschuss. Die habe ich nachgelesen. Das ist die aktuelle Situation. Herr Aiwanger, Ihre Darstellung kann man vor diesem Hintergrund bemängeln. Laut Ihrer Darstellung können die Brennelemente nach Abstellung von Isar 1 sofort alle im Untergrund verbuddelt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die 800 abgeglühten!)

Ein Brennelement, das aus dem Reaktorkern kommt, muss auf alle Fälle fünf Jahre lang in diesem Nasslager zwischengelagert werden, damit es überhaupt transportfähig ist. Das gehört zur Wahrheit.

Summa summarum: Liebend gerne würde ich Ihren Antrag unterstützen und sagen: Jawohl, endlich weg und endlich endlagern. Im Moment geht es jedoch nicht. Deswegen müssen wir die Realität anerkennen und Ihren Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie haben sicher gemerkt, dass es eine Zwischenbemerkung von Herrn Aiwanger gibt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Thalhammer, mit Ihrer letzten Aussage haben Sie sich und Herrn Blume selbst enttarnt. Gerade haben Sie gesagt, diese Brennelemente müssten fünf Jahre im Abklingbecken liegen, bis sie überhaupt zwischenlagerfähig sind. Das bedeutet, die 800 zwischenlagerfähigen Brennelemente stammen aus den Jahren 2007 und 2008. Das ist deutlich vor dem Atomausstieg. Die Brennelemente hätten ohnehin in Castoren transportiert werden müssen, egal, ob wir aussteigen oder nicht. Selbst wenn die Atomausstiegspläne nicht durchgesetzt worden wären, wären wir derzeit nicht in der Lage, ordnungsgemäß zwischenzulagern. Damit sind es Lügen, die Sie vorher verbreitet haben. Sie haben gesagt: Wir sind durch den Ausstieg vom Ausstieg überrumpelt worden. So hat es auch Herr Blume dargestellt. Durch den Unfall in Fukushima ist die Öffentlichkeit auf diesen Zustand erst aufmerksam geworden. Ansonsten war es offensichtlich gute fachliche Praxis, Kosten einzusparen und das Zeug relativ unsicher im Abklingbecken rumgammeln zu lassen. Die Castoren hätte man so oder so nicht gehabt. Stimmen Sie mir zu?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Aiwanger, Ihre Aussage steht nicht im Widerspruch zu meinen Aussagen. Ich habe gesagt, dass durch die Laufzeitverlängerung neue Brennelemente in den Reaktorkern eingesetzt worden sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es geht aber um die alten!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. Das gehört zur Wahrheit dazu. Die Brennelemente befinden sich jetzt im Nassbecken. Demzufolge ist die Anzahl so hoch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Zahl interessiert uns nicht! Uns interessieren die 800 alten Brennelemente!)

- Mich interessieren auch die neuen Brennelemente. Sie interessieren nur die 800 alten Brennelemente. Wir von der FDP versuchen, uns den Problemen ganzheitlich zu widmen.

(Beifall bei der FDP)

Im Hinblick auf die 800 alten Brennelemente haben Sie recht. Ich sage Ihnen auch, warum Sie recht haben. Ich sage Ihnen ebenfalls, warum es völlig egal ist, ob eine politische Energiewende beschlossen worden ist oder nicht. Selbst wenn Rot-Grün an der Regierung wäre, gäbe es keine Castoren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist mein Vorwurf! Die Behörden haben geschlafen!)

Die Brennelemente sind nicht transportfähig. Im Jahre 2008 wurden neue Castor-Behälter beantragt, die jedoch noch nicht zur Verfügung stehen. Der Herr Umweltminister wird gleich bestätigen, dass wir die 800 alten Brennelemente bereits gerne im Endlager hätten. Wir haben zwei Probleme: Es stehen keine Castoren zur Verfügung. Außerdem haben wir immer noch kein Endlager, weil Rot-Grün damals gesagt hat: Wir wollen uns nicht weiter auf Endlagersuche begeben. Rot-Grün hat mit dem Moratorium ein Denkverbot erlassen. Das hat Schwarz-Gelb endlich geheilt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Maria Scharfberg (GRÜNE): Das stimmt gar nicht!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich übergebe das Wort Herrn Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen

und Kollegen! Ich glaube, es wäre ganz gut, ein bisschen die Luft aus dem Ganzen zu nehmen. Ich glaube, wir wären auch relativ schnell fertig. Herr Aiwanger, die Forderung, dass wir uns darum bemühen, dies so schnell wie möglich in die Zwischenlager zu überführen, teilen wir.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Selbst wenn Blume sagt, das Abklingbecken sei auch in Ordnung?)

- Dazu komme ich gleich. Ich habe nicht gemeint, dass wir darüber nicht reden müssen.

Herr Aiwanger, eines muss ich Ihnen schon sagen: Eine Hysterie aufzubauen, das Nasslager im Reaktorgebäude sei unsicher und direkt mit Fukushima zu vergleichen, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist fachlich nicht in Ordnung und es dient auch nicht der Bevölkerung, wenn Sie versuchen, die Dinge schlechtzureden. Auch Sie müssen sich an feststehende Regeln halten und diese Regeln lauten, dass es deutsche Sicherheitsanforderungen an Reaktorgebäude gibt. Diese werden regelmäßig überprüft. Dies gilt auch für die Reaktorsicherheitskommission. Aber das sind ja nicht irgendwelche Leute, die irgendwas erzählen, wie Herr Aiwanger es darstellt. Das Reaktorgebäude ist sicherheitstechnisch genehmigt und erfüllt alle atomrechtlichen Anforderungen. Das Abklingbecken innerhalb des Reaktorgebäudes ist etwas, das im normalen Betrieb üblich ist. Es besteht im Augenblick keine Notwendigkeit, sich derartig zu echauffieren. Die Angelegenheiten sind rechtlich klar geregelt. An einer Stelle muss man etwas sauber auseinanderhalten - die Diskussion hat es gezeigt -: Etwas, das eigentlich mit der Wende nichts zu tun hat.

Der Umstand, auf den Sie hauptsächlich fokussieren, ist ein Umstand, den ich teile. Die Beschaffung der Castoren hätte zu einem Zeitpunkt erfolgen sollen, zu dem absehbar war, dass diese 800 Brennstäbe für das Zwischenlager bereit sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau das sagen wir!)

Jetzt aber etwas daraus zu konstruieren, ist für mich eine Verschwörungstheorie; das gilt auch in Bezug auf Herrn Hartmann. Ein Betreiber eines Kernkraftwerks hat ein großes Interesse daran, umlagerbare Brennstäbe möglichst schnell aus dem Nasslager in einen Castor zu verbringen, weil das für ihn billiger ist. Im Castor müssen sie nicht gekühlt werden, brauchen keinen Kühlkreislauf. Sie machen es deshalb nicht - Sie haben es heute schon mehrfach gehört -, weil

diese Castoren noch nicht zur Verfügung stehen. Es hat eine Änderung bei der Genehmigung gegeben. Die BAM - die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung - würde ich nicht zu umgehen versuchen. Ich bin der Meinung: Wir wollen die Castoren, die für einen großen Teil der Sicherheit im Zwischenlager stehen, und wir wollen, dass sie den höchsten Sicherheitsstandard nach deutschem Recht erfüllen. Diesen zum Beispiel durch Ankauf französischer Modelle zu umgehen oder Druck auf die BAM auszuüben, die Genehmigung schneller zu erteilen, führt uns nicht zum Ziel.

Wir haben eine rechtlich saubere Situation. Wir versuchen, diese Castoren so schnell wie möglich zu bekommen. Wir müssen damit rechnen, dass das noch zwei Jahre dauern wird. Ich warne davor, bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, die Lagerung im Reaktorgebäude, im Abklingbecken und im Nasslager sei unsicher. Wir sind im Augenblick, so wie sich die Dinge entwickeln, in einer besseren Situation, als dies ohne Wende der Fall wäre. Bei einem Fortfahren der Kernkraftnutzung, so, wie es ursprünglich gedacht war, wäre der einzige Unterschied zu heute, dass der Reaktor in Betrieb wäre. Auch bei einer Revision ist das Nasslager voll und es besteht genau die gleiche Situation wie heute. Man hätte auch kein Theater angezettelt, dass das Nasslager eine große Bedrohung sei. Lassen wir also die Kirche im Dorf und versuchen, möglichst schnell die Zwischenlagerung in den vorgesehenen Castoren vorzunehmen. Nachdem uns der von Ihnen gestellte Antrag aber nicht weiterbringt, empfehle ich, diesen abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch einen Moment da. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich habe drei Anmerkungen: Sie haben vorhin in Richtung der Kollegen der FREIEN WÄHLER gesagt, der Vergleich zu Fukushima hinke. Dieser Vergleich hinkt sicher zum Teil, aber er hinkt nicht hinsichtlich aller Aspekte, wie zum Beispiel beim Abklingbecken. Das Nasslager ist bei Isar 1 außerhalb des Sicherheitsbehälters, was bei anderen Kernkraftwerken so in der Regel nicht der Fall ist. Ich will das deutlich unterstreichen.

Sie haben des Weiteren das Argument der Kosten in den Vordergrund gestellt. Man kann dieses Argument umdrehen. Wenn der Betreiber ein Interesse daran hat, das Problem möglichst wirtschaftlich zu lösen, dann ist zu beachten: Ein Nasslager muss laufend gekühlt und gewartet werden, bis das letzte Brennele-

ment - die Neuesten sind erst vor Kurzem in das Nasslager gekommen - umgeladen wird, was frühestens in fünf Jahren der Fall ist. Wenn man den wirtschaftlichen Aspekt sieht, wird der Betreiber warten, bis er das Lager komplett leeren kann, weil er dann keine Castoren und auch das Umladen nicht vorher bezahlen muss sowie sich die Kosten im Zwischenlager erspart. Das Nasslager verursacht weiterhin Kosten, bis das letzte Brennelement entfernt ist.

Der dritte Aspekt, der nach meiner Auffassung völlig falsch ist: Es wird gesagt, bei einer Revision sei das Lager komplett voll. Nach meiner Auffassung bedeutet das, dass man den kompletten Kern bei einem Notfall in das Nasslager bringt. Bei einer Revision wird meist nur ein Drittel der Brennelemente ausgetauscht; es wird nicht immer komplett ausgetauscht. Dass man jetzt das Nasslager voller fahren kann als während des Betriebs ist auch klar, weil die Notwendigkeit, eine komplette Kernladung von circa 500 Brennelementen komplett parken zu können, nicht mehr vorliegt. Das heißt, das Lager ist voller, als es früher war, und dadurch ist das Risiko größer, weil mehr Brennstäbe im gleichen Raum gelagert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Viel gibt es nicht zu ergänzen. Das Verdachtsmoment, dass die Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen diese Lösung bevorzugten, sehe ich nicht. Wenn ich Betreiber wäre, würde ich es anders machen. Ich kann Ihnen das aber nicht beweisen.

Das mit der Befüllung des Nasslagers ist im Prinzip so, wie Sie sagen. Es ändert aber nichts an der Situation. Ein Nasslager ist von der Sicherheit her so ausgelegt, dass nach den derzeitigen Statuten eine von außen einwirkende Kraft abgehalten werden muss. Wenn Sie diese Statuten, diese Sicherheitsprinzipien, angreifen, greifen Sie im Grunde genommen eine Regel an, die bisher nicht in Frage gestellt worden ist. Wir sollten für die zwei verbleibenden Jahre, bis die Castoren vorhanden sind, nicht anfangen, erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Hülle von Reaktoren zu stellen. Ich denke, das bringt uns nicht weiter und wir sollten schauen, die Elemente so schnell wie möglich in das Zwischenlager zu bringen und die Menschen nicht künstlich in Unruhe zu versetzen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Aiwanger, die nächste Zwischenbemerkung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister Huber, Sie sagen, wir sollten schauen, die Elemente möglichst schnell in das Zwischenlager zu bringen. Warum ist das denn nötig, wenn sie im Abklingbecken so sicher sind? Sie haben vorhin gesagt, Sie sähen keine größeren Defizite und wir würden Panik verbreiten. Ich werfe Ihnen im Gegenzug vor, Sie wollen die Situation vertuschen. Sie können doch zugeben, dass das Zeug möglicherweise nicht rechtzeitig geliefert worden ist.

Ich frage ganz konkret: Sehen Sie das Abklingbecken als geeignet an, einen Absturz eines großen Passagierflugzeuges auszuhalten und - zweite Frage -: Wird die zweite Mauer um das Zwischenlager in Form einer 85 Zentimeter dicken Betonwand gebaut? Ja oder nein? Warum würde man über diesen Bau diskutieren, wenn er überflüssig wäre? Also: Hält das Abklingbecken den Absturz eines Passagierflugzeuges aus? Ja oder nein? Zweite Frage: Wann wird die Mauer mit einem Umfang von 85 Zentimeter um das Bella gebaut oder braucht es das gar nicht, weil ohnehin alles sicher ist?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Regeln für die Sicherheitsanforderungen für Reaktorgebäude sind bundesweit identisch. Diese werden eingehalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hält es das aus oder nicht?)

Es hat eine Veränderung in Bezug auf den Maschinenpark der Fliegerei gegeben. Die modernen Maschinen sind größer als die bisher eingesetzten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also hält es das nicht aus?)

Auch aus diesem Grund hat sich die Bayerische Staatsregierung entschlossen, aus der Kernkraftnutzung auszusteigen.

Es gibt eine Stufung in der Lagerung. Ziel ist, dass die nicht mehr benötigten Brennstäbe in das Zwischenlager gelangen. Dazu sind allerdings geeignete Castoren nötig.

Vor der Zwischenlagerung bedarf es aus technischen Gründen der Lagerung im Abklingbecken. Das einzige, worüber Sie sich jetzt ärgern können - ich kann mich gleich ein bisschen mitärgern -, ist der Umstand, dass für die 800 Brennstäbe noch keine Castoren zur Verfügung stehen. Daraus müssen wir aber kein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung konstruieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Müssen"?)

- Es ist Ihr Bestreben, die Situation in der Bevölkerung möglichst dramatisch darzustellen. Bei Ihnen kommt immer noch ein "könnte" oder ein "vielleicht" hinzu.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Atom musst du das machen!)

- Deswegen läuft diese Debatte, und deswegen steigen wir aus der Kernkraftnutzung aus.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und die zweite Mauer?)

Zur zweiten Mauer: Die im Bund zuständige Stelle ist zu der Bewertung gekommen, dass es nach heutigen Erkenntnissen empfehlenswert sei - ich betone: nicht aus akuten Gründen, etwa weil momentan eine besondere Gefährdungssituation bestünde -, um das Zwischenlager entsprechende Mauern zu errichten.

Das eilt nicht; die Betreiber können das nach und nach machen. In Gundremmingen ist man schon im Planungsverfahren. Das wird auch hier geschehen, aber ohne zeitlichen Druck; denn es gibt keine akute Gefährdungssituation.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer entgegen diesem Votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? - Die Fraktion der CSU und die Fraktion der FDP. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion der SPD. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Eingabe
betreffend Beschwerde über den geplanten
Ausbau des Beschneigungssystems am Sudelfeld
mit Errichtung eines Speichersees (WI.0358.16)**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 19. April 2012 befasst. Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung als Material zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2

des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Dazu erfolgt jetzt die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Erster Redner ist Kollege Hartmann. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eingabe kommt federführend vom Bund Naturschutz in Bayern und wird vom CIPRA, vom Deutschen Alpenverein, von der Gesellschaft für ökologische Forschung, von den Naturfreunden und vom Verein zum Schutz der Bergwelt e. V. unterstützt.

Da sehr mitgliederstarke Vereine wie der Deutsche Alpenverein und der Bund Naturschutz hinter dieser Eingabe stehen, sehen wir es durchaus als angemessen an, über diese Eingabe noch einmal im Plenum zu debattieren und hier einen entsprechenden Beschluss zu fassen, da wir mit dem Votum des Ausschusses nicht einverstanden sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Petenten haben zwei Forderungen an die Staatsregierung: Zum einen soll sie geeignete Maßnahmen ergreifen, um auf eine Einstellung der laufenden Planungen zum Ausbau der Beschneigung am Sudelfeld hinzuwirken und somit Eingriffe in Natur und Landschaftsbild zu verhindern. Zum anderen fordern die Petenten, keine staatlichen Gelder für den Ausbau der Beschneigungsanlagen am Sudelfeld zur Verfügung zu stellen.

Über das Thema "Schneekanonen in Bayern" ist im Hohen Hause schon oft, auch in den Ausschüssen, debattiert worden. Das Sudelfeld ist bekanntlich relativ niedrig gelegen; wir reden von Höhen von 860 bis 1.500 Metern über dem Meeresspiegel. Der Klimawandel findet bereits statt, und die Klimaprognosen sind bekannt. Wir wissen, dass es im Bereich der Alpen zu einer überdurchschnittlichen Erwärmung kommt; in einigen Studien wird vom Dreifachen des weltweiten Durchschnitts gesprochen. Angesichts all dessen ist ganz klar: Auf diesen niedrigen Höhen hat Skitourismus keine Zukunft mehr. Dafür dürfen wir keine Steuergelder mehr investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Investitionsvorhaben des Liftbetreibers ist massiv; die Rede ist von 45 Millionen Euro Gesamtinvestitionssumme. 15 Millionen Euro Steuergelder sollen dafür bereitgestellt werden. Für uns gibt es zwei Gründe, die deutlich gegen dieses Vorhaben und für die Berücksichtigung der Petition sprechen: